

Niederschrift Nr. 55 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 22.03.2006

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:05 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsherr Richard Woldmer

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Beigeordneter Bernd Bornemann (ab 17:30 Uhr)
Ratsherr Richard Janssen
Ratsfrau Marianne Pohlmann (bis 18:35 Uhr)
Ratsherr Ihno Slieter
Ratsherr Richard Woldmer

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz (bis 18:40 Uhr)
Ratsherr Benedikt Rosenboom für Rats Herrn Herbert Buisker
Ratsherr Hinrich Odinga

FDP

Beigeordneter Erich Bolinius
Beigeordnete Hillgriet Eilers
Ratsherr Franz Melles

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken für Rats Herrn Wulf-Dieter Stolz

Beratende Mitglieder

Herr Dieter Dilling
Herr Horst von Fehren
Herr Johann Janssen
Herr Richard Lüppen
Herr Helmut Zimmermann (bis 19:00 Uhr)

Von der Verwaltung

Stadtbaurat Andreas Docter
FB-Leiter 300 Patrick de La Lanne
FB-Leiter 400 Wolfgang Münch
FD-Leiter 361 Ulrich Fortmann
FD-Leiter 362 Rainer Kinzel
FD 361 Dipl.-Ing. Michael Bernhardt
Protokollführerin Agnes Rauch

Gäste

Frau Anke Brenger, BauBeCon Sanierungsträger GmbH
Herr Martin Schabler, Quartiersmanager Barenburg
2 Vertreter der örtlichen Presse
5 Besucher

Niederschrift Nr. 55 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 22.03.2006

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Woldmer eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bolinius erkundigt sich, aus welchem Grunde die Vergabe zu TOP 7 öffentlich behandelt werde.

Herr Docter antwortet, es handele sich hier nicht um die direkte Vergabe, sondern um die Beantragung der Maßnahme. Dafür werde der Beschluss benötigt.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 54 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Tourismus (Nr. 22) am 23.02.2006

Herr Renken weist darauf hin, dass Frau Christine Schmidt an dieser Sitzung nicht als seine Vertreterin, sondern als Grundmandatsinhaberin teilgenommen habe.

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 54 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Tourismus (Nr. 22) am 23.02.2006 wird mit dieser Änderung genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Herr Dieter Raveling richtet die Frage zum Tagesordnungspunkt 11 an die FDP-Fraktion, wie sie sich verhalte, wenn die Angelegenheit „Bau eines Atomkraftwerkes“ konkrete Formen annehmen würde.

Herr Docter entgegnet, bei dem Tagesordnungspunkt „Einwohnerfragestunde“ könnten die Einwohner nur Fragen an die Verwaltung stellen, nicht aber an die Parteien. Aus diesem Grunde könne die FDP hier auch nicht antworten.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/1796-01
Vorhabenbezogener Bebauungsplan D 148 (Stadtteil Uphusen, Osterhörn);
- Öffentliche Auslegung (Stadium II)

Herr Zimmermann moniert in der Ziffer 28.6 die Abwägungsempfehlung, dass die architektonische Gestaltung höher bewertet werde als die Kriminalitätsprävention. Er stimme zwar der Entscheidung zu, halte jedoch die Begründung für sehr ungünstig.

Niederschrift Nr. 55 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 22.03.2006

Herr Fortmann erklärt an einer Folie, welche Gestaltung der Investor vorschläge. Seines Erachtens seien dessen Argumente nachvollziehbar. Er entschuldigt sich jedoch für die unpassende Formulierung dieser Abwägungsempfehlung.

Herr Dilling führt aus, der Seniorenbeirat der Stadt Emden begrüße den Bau dieser Wohnanlage. Jedoch kritisiere er die Nähe zu der Autobahnauffahrt.

Herr Docter entgegnet, es sei ein Gutachten gefertigt worden. Dieses weise nach, dass alle Emissionswerte eingehalten würden. Im übrigen liege diese Wohnanlage keineswegs nahe der Autobahnauffahrt, sondern mitten auf der Warft in Uphusen.

Anmerkung der Protokollführung:

Dem Protokoll wird ein Besprechungsvermerk vom Planungsbüro Weinert als Anlage beigelegt.

Beschluss: 1. Die in der Anlage zur Vorlage beigelegten Anregungen 24., 25.1, 25.2, 25.4, 26.2, 26.3, 26.5, 26.6, 26.7, 26.8 und 27.3 werden berücksichtigt.

Die übrigen in der Anlage genannten Hinweise und Anregungen betreffen die nach gelagerten Planungen und werden dort berücksichtigt bzw. werden lediglich ohne Planänderung zur Kenntnis genommen. Ein Teil der Hinweise wird redaktionell in Planzeichnung und Begründung übernommen.

2. Der Entwurf und die Entwurfsbegründung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes D 148 und die nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen werden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 6 Vorlage 14/1637-05
Dorferneuerung Wybelsum/Logumer Vorwerk

Beschluss: Die Stadt Emden schließt mit der evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Logumer Vorwerk die in der Anlage zur Vorlage 14/1637-05 beiliegende Vereinbarung über die dauerhafte Nutzung einer kirchlichen Grundstücksfläche als öffentlicher Fuß- und Radweg.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 7 Vorlage 14/1637-07
Dorferneuerung Wybelsum/Logumer Vorwerk;
- Straßengestaltung II. Bauabschnitt

Beschluss: Als zweiter Teilabschnitt der Umgestaltung des Ortskerns Logumer Vorwerk wird die Umgestaltung der städtischen Straßenflächen „nördliches Teilstück des Tide-Winenga-Weges mit dem Ortseingangsbereich Randzelweg“ im Rahmen der erwarteten Förderung in Höhe von ca. 75.000,-- € durchgeführt.

Es wird ein Folgeauftrag an die Fa. van der Linde, Emden, aufgrund der

Niederschrift Nr. 55 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 22.03.2006

vorliegenden Ausschreibungsergebnisse des ersten Bauabschnitts erteilt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 8 Vorlage 14/492-05
Sanierung Barenburg "Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt Barenburg";
- Jahresrückblick 2005 und Vorstellung des Wirtschaftsplanes 2006

Herr Fortmann erläutert, es sei bereits Tradition, dass zum Jahresanfang ein Überblick über die im vergangenen Jahr geschehenen baulichen und sozialen Aktivitäten in Barenburg gegeben werde. Außerdem wolle er einen Kassensturz präsentieren und abschließend die Schwerpunkte für die kommenden Jahre darlegen.

Herr Fortmann hält einen Vortrag anhand einer PowerPoint-Präsentation zusammen mit Herrn Schabler, der seit Herbst 2005 als Quartiersmanager in Barenburg arbeitet, und Frau Brenger von der BauBeCon. Die PowerPoint-Präsentation ist im Rats- und Bürgerinformationssystem unter www.emden.de einzusehen.

Herr Woldmer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Dilling fragt an, warum das geplante Projekt der Mehrgenerationenhäuser und des Mehrgenerationenwohnens noch nicht in der Darstellung enthalten sei. Außerdem käme ihm der Bereich der Senioren im Stadtteil insgesamt zu gering vor.

Herr Bolinius zeigt sich von den vielen Projekten im letzten Jahr überrascht und begrüßt die Aktivitäten in Barenburg. Dennoch vermisse er die Ausführungen über das Kasernengelände. Außerdem seien seines Erachtens 6 % für soziale Projekte in Barenburg sehr wenig. Hier sollte überlegt werden, ob nicht noch mehr getan werden könne. Abschließend fragt er zum Verfügungsfonds an, welche Projekte damit unterstützt würden, wie hoch der Betrag sei, wer diese Gelder verteile und wer dieses prüfe.

Herr Fortmann stellt zunächst klar, dass „Mehrgenerationenwohnen“ und „Mehrgenerationenhaus“ zwei unterschiedliche Begriffe seien, die immer wieder für Verwechslungen sorgen würden. Als Mehrgenerationenhaus werde ein Treffpunkt bezeichnet, wo alte und junge Menschen zusammenkämen. Die Stadt Emden habe sich vor einiger Zeit um einen Projektantrag bemüht und versucht, mit dem Bunker in dieses Konzept hineinzukommen. Das habe aber nicht funktioniert, da nicht alle Kriterien erfüllt werden konnten.

Hinsichtlich des Mehrgenerationenwohnens sei es so, dass junge und alte Menschen unter einem Dach zusammen wohnen würden. Dieses Thema werde auch durch den Fachbereich Gesundheit und Soziales begleitet. Für dieses Projekt sei es wichtig, Leute zu finden, die bereit wären, dort mitzuarbeiten. Es reiche nicht aus, ein Angebot zu unterbreiten und unterschiedliche Wohnungsgrößen in einem Haus anzubieten. Es müsste sich eine Gruppe finden, die über einen längeren Findungsprozess gemeinsame Regeln aufstelle, wie sie zusammen arbeiten, wohnen und leben wolle und welche Ansprüche sie habe. Erst dann könne daraus ein konkretes Projekt werden.

Herr Fortmann führt weiter aus, der Schwerpunkt für das Jahr 2006 sei die Wohnungsmodernisierung. Da sei man aus fördertechnischen Gründen bislang nicht tätig gewesen und wolle dieses nun verstärkt in Angriff nehmen. Daneben gäbe es aber noch viele weitere Projekte, die man auch umsetzen möchte, wie z. B. das Kasernengelände.

Niederschrift Nr. 55 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 22.03.2006

Bezüglich des Vorwurfes, dass in der Sozialen Stadt zu wenig soziale Projekte umgesetzt würden, erklärt Herr Fortmann, dass man auch mit diesen kleinen Mitteln sehr viel bewirken könne. Außerdem habe man auch noch das EU-Projekt B-Sure. Über dieses Projekt, welches über drei Jahre laufe, konnte sowohl eine Person im Bunker angestellt als auch verschiedene soziale Projekte umgesetzt werden. Herr Fortmann verweist weiterhin auf die 1,6 Mio. €, die die Stadt Emden über mehrere Jahre hinweg in das Projekt investiert habe.

Weiterhin erklärt er, der Verfügungsfonds sei ein Fonds in Höhe von 10.200 € und seinerzeit vom Rat so beschlossen worden. Über dieses Geld könne der Stadtteilbeirat verfügen.

Herr Schabler ergänzt, von diesem Verfügungsfond werde knapp $\frac{1}{4}$ für die laufenden Kosten im Stadtteilbüro ausgegeben. Im letzten Jahr habe die Beiratswahl stattgefunden, diese Kosten beliefen sich auf knapp 1.500 €. Ferner würden davon viele Gemeinschaftsveranstaltungen sowie die Anschubfinanzierungen beim Computertreff und die Honorarkraft für das Projekt musikalische Früherziehung im Kindergarten finanziert. Alle Kosten würden zunächst gemeinsam besprochen und auch beraten werden, sodass im Grunde genommen jeder Beteiligte informiert gewesen sei.

Herr de La Lanne betont, diese Summe des Verfügungsfonds sei im Budget des Fachbereichs Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung vorhanden. Ermächtigungsgrundlage sei die Haushaltssatzung, die vom Rat verabschiedet worden sei. Aus diesem Grunde seien diese Maßnahmen bewilligt worden.

Herr Bongartz begrüßt die Darlegung, wie viele Millionen Euro in den letzten Jahren in den Stadtteil Barenburg hineingeflossen seien und dass man dieses auch sehen könne. Er fragt an, für welche Straße die 285.000 € eingeplant seien.

Herr Renken bedankt sich zunächst für die ausführliche Berichterstattung der vielfältigen Aktivitäten. Zum Verfügungsfonds merkt er an, auf Anregung der Fraktion sei damals beschlossen worden, eine Summe von 100.000 € für soziale Dinge pro Jahr bereitzustellen. Dieser Beschluss sei bisher auch nicht aufgehoben worden. Er halte diesen Verfügungsfonds für eine ganz zentrale Sache, wenn es darum gehe, die hervorragende ehrenamtliche Arbeit im Stadtteil auch zu ermöglichen.

Anschließend stellt er fest, das Programm Soziale Stadt sei eigentlich kein Straßenbauprogramm und auch kein Programm, ein Fußballstadion in Emden zu bauen. Zentral sei genau der Punkt als Schwerpunkt für das Jahr 2006 angesprochen worden, der aufgrund vielfältiger Hindernisse in den vergangenen Jahren nicht ermöglicht worden sei. Wohnungsmodernisierung und Wohnumfeldverbesserung seien von Anfang an die zentralen Bestandteile des Programms gewesen. Da habe man bisher auch Defizite, weil es nicht gelungen sei, in diesem Bereich einen Durchbruch zu schaffen. Er fragt an, inwieweit bei der Wohnumfeldverbesserung eine Beteiligung der Einwohner des Stadtteils vorgesehen sei. So müsse z. B. wie bei den Spielplätzen ein Beteiligungsverfahren durchgeführt werden. Neben den Vorschlägen der Anwohner könnten auch die Bewohner selbst mit einbezogen werden. Gerade auch im Hinblick auf die dortige hohe Arbeitslosigkeit und der städtischen Beschäftigungsförderungsgesellschaft.

Herr Fortmann erklärt, der Posten von 270.000 € für die Straßengestaltung betrifft nur die Planungen, denn der größte Anteil dieses Geld sei noch für Restzahlungen notwendig, deren Maßnahmen bereits umgesetzt worden seien. Für den Straßenbau seien für das nächste Jahr 30.000 € eingeplant worden. Somit werde die Straßengestaltung sicherlich noch 1,5 Jahre dauern.

Niederschrift Nr. 55 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 22.03.2006

Zum Thema „Soziale Stadt“ erklärt Herr Fortmann, seines Erachtens sei dieses ein irreführender Name, über den in der Vergangenheit auch oft diskutiert worden sei. Der Grund, warum jetzt mit der Wohnungsmodernisierung begonnen werde, liege darin, dass man noch in den Genuss von EFRE-Fördermitteln kommen wollte. Diese würde mit 50 % mit Städtebauförderungsmitteln co-finanziert werden. So konnte man angefangen vom Bunker bis hin zur Umgestaltung der Schulhöfe diese großen Summen an EFRE-Mittel noch in Anspruch nehmen. Die Förderung laufe nunmehr aus. Wohnungsmodernisierungsmaßnahmen könnten jedoch nicht über EFRE-Fördermittel co-finanziert werden. Dieses sei der Hauptgrund, warum die Modernisierung bislang noch nicht umgesetzt worden sei. Jetzt wolle man gezielt Städtebauförderungsmittel in die Wohnungsmodernisierung einsetzen.

Hinsichtlich der Beteiligung der Anwohner bei den Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen und auch der Schaffung von Arbeitsplätzen werde man natürlich die Bewohner mit einbeziehen. So hätten die Projekte auch nachhaltigen Erfolg und würden nicht kurze Zeit später durch Vandalismus oder mangelnde Pflege wieder zerstört werden.

Frau Eilers möchte sich ausdrücklich bei Herrn Schabler bedanken. Er sei ein wichtiger Motor für die Entwicklung im Stadtteil geworden. Aber auch Herr Mejia Yepes hat eine hervorragende Arbeit geleistet. Das dürfe man an dieser Stelle sicherlich nicht vergessen.

Hinsichtlich des Verfügungsfonds dürfe es ihrer Meinung nach wohl erlaubt sein, kritisch zu fragen. Weiterhin erkundigt sie sich nach einem Nutzungskonzept für den Bunker und nach dem Verlauf der Gespräche in Bezug auf einen Betreiber.

Herr Bornemann lobt ebenfalls die baulichen Aktivitäten im Stadtteil Barenburg. Er stimmt Herrn Fortmann zu, dass es notwendig gewesen sei, im Zusammenhang mit den EFRE-Mitteln eine bestimmte Reihenfolge einzuhalten. Seines Erachtens werde es bei den Wohnungsmodernisierungen und Umfeldgestaltungen im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften mit Sicherheit nicht einfach werden, da es dort an Gesprächspartnern mangle.

Ferner erklärt er, er bedauere, dass für das Quartiersmanagement nur eine halbe Stelle zur Verfügung stehe, obwohl in den Leitlinien eindeutig von einer ganzen Stelle die Rede gewesen sei.

Abschließend bemerkt er, die Kassenwartin des Stadtteilbeirates rechne am Ende des Jahres den Verfügungsfonds gegenüber dem Fachdienst Stadtplanung ab und dieser ist dem Rechnungsprüfungsamt verantwortlich.

Herr Dilling erkundigt sich, wie es mit den Einzelhandelsgeschäften im Bereich der Kaserne aussehe.

Herr Fortmann entgegnet auf die Aussage von Frau Eilers, dass konkrete Angaben zum Betrieb des Bunkers den Rahmen der heutigen Veranstaltung sprengen würden. Hier sei auch der Fachbereich Jugend, Schule und Sport zuständig, der an einem Konzept für den Bunker arbeite.

Bezüglich der Gespräche mit den Wohnungsbaugesellschaften stellt Herr Fortmann fest, dass es mit den Emdener Gesellschaften keine Probleme und eine hohe Bereitschaft gebe, in den Wohnungsbestand zu investieren. Bei den auswärtigen Gesellschaften sei es sehr schwierig, einen kompetenten Gesprächspartner zu erreichen.

Weiter teilt er mit, im Hinblick auf das Quartiersmanagement sei man gezwungen, sehr sorgfältig mit den Ressourcen umzugehen, sodass nur ein Werkvertrag mit 20 Stunden vergeben werden konnte.

Niederschrift Nr. 55 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 22.03.2006

Abschließend legt Herr Fortmann dar, in Bezug auf das Thema Einzelhandel im Bereich der Kaserne habe die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben 50 Exposés verschickt. Es lägen jetzt sieben konkrete Gebote vor, die zurzeit ausgewertet würden. Diese Gebote beziehen sich ausschließlich auf den Standort Nahversorgung Einzelhandel, d. h. max. 3.000 m² Verkaufsfläche.

Frau Eilers ist mit der Antwort zu dem Betrieb des Bunkers unzufrieden, da sie bereits im letzten Jahr die gleiche Antwort auf diese Frage bekommen habe. Sie halte es grundsätzlich für falsch, dass der Fachbereich 600 für die Nutzung zuständig sei und schlägt eine Übernahme durch das Gebäudemanagement vor.

Herr Docter betont, der Gebäudebetrieb sei im Bereich Rechnung und Prüfung und der Fachbereich 600 im Bereich Gemeinwesen zuständig. Jedoch möchte er hier abschließend sagen, dass man hier mehrere Dinge gehört habe, die andere Fachbereiche und Ausschüsse betreffen würden. Daraus werde deutlich, dass das Projekt „Soziale Stadt Barenburg“ nicht nur ein Sanierungsprojekt des Fachbereiches Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung sei, sondern querschnittsorientiert durch die gesamte Stadtverwaltung gehe. Daher bitte er, mit den vielen Fragen in andere Fachbereiche und Ausschüsse zu gehen und sie dort zu stellen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 9 Vorlage 14/2079-00
Bewerbung der Stadt Emden zum Landeswettbewerb "Fahrradfreundliche Kommune 2006"

Herr Bernhardt trägt vor, in diesem Jahr habe die Stadt Emden die Möglichkeit, sich an dem Landeswettbewerb „Fahrradfreundliche Kommune“ zu beteiligen. Nachdem im letzten Jahr nur die kleineren Gemeinden sich vorstellen konnten, können sich in diesem Jahr alle Gemeinden ab 50.000 Einwohner beteiligen.

Die AG Emders up Rad habe eine Präsentation zusammengestellt, die alle Aktivitäten zur Fahrradförderung in der Stadt Emden aus den letzten zwei bis drei Jahren zusammenfasse. Das umfangreiche Bildmaterial sei mit erläuterndem Text versehen. Integriert sei auch die Geschichte des gesamten Verkehrsplanungskonzeptes von 1970 bis hin zum Verkehrsentwicklungsplan. Abschließend bemerkt er, der Landeswettbewerb sei mit einer Dotierung von 25.000 € für den ersten Preis hinterlegt. Die Verwaltung sei frohen Mutes, dass vielleicht Emden die fahrradfreundlichste Kommune in Niedersachsen werde könne.

Diese PowerPoint Präsentation ist im Internet unter www.emden.de im Rats- und Bürgerinformationssystem einsehbar.

Herr Woldmer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius begrüßt diese Bewerbung und merkt an, vor einer Entscheidung müsse aber der Weg von Conrebbi zum Larrelder Tief und der Weg zwischen Gandersum und Petkum schnellstens in Ordnung gebracht werden.

Auch **Herr Rosenboom** steht dieser Bewerbung positiv gegenüber. Er werde jedoch immer wieder angesprochen, dass es zu wenig Abstellboxen für Fahrräder besonders im Innenstadtbereich geben würde.

Niederschrift Nr. 55 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 22.03.2006

Herr Bornemann hält ebenfalls eine Bewerbung für richtig. Man habe sich auf der Radtour selber überzeugen können, wie viele positive Ecken es mittlerweile in Emden gäbe. Daher sei es eine gute Möglichkeit, sich einmal von außen beurteilen zu lassen, um den Stellenwert zu erkennen.

Herr Bernhardt antwortet, er werde auf das Thema „Abstellboxen“ im Zusammenhang mit dem Bahnhofsvorplatz beim TOP 13 noch ausführlich eingehen.

Herr Johann Janssen moniert, dass trotz der vielen Radwege in Emden die Fahrradfahrer auf dem Bürgersteig fahren würden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 10 Vorlage 14/2076-00
Ausschreibung Umweltpreis 2006 "Umwelt - Jugend - Freizeit";
- Antrag der FDP vom 02.03.2006

Herr Bolinius erklärt, er sei mit der Stellungnahme der Verwaltung nicht ganz einverstanden, da es auch im Ökowerk sicherlich Jugendliche gäbe, die nicht angestellt seien und von sich aus dort hingingen. Hier sollte die Stadt tätig werden und entsprechende Jugendliche der Niedersächsischen Umweltstiftung melden.

Herr Kinzel stimmt Herrn Bolinius zu. Er habe nur deutlich machen wollen, dass vom Land eine deutliche höhere Messlatte angelegt sei. Es geht z. B. nicht um die Bewertung von Müllsammel- oder Gewässerreinigungsaktionen. Die Stadt habe mit dem Ökowerk einen Presseaufruf gestartet, dass Personen benannt werden könnten, die als Kandidaten für diesen Umweltpreis in Frage kämen. Der Einsendeschluss für diese Anträge ist der 19.05.2006.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 11 Vorlage 14/2081-00
Atomkraftwerk Delfzijl;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 14.02.2006

Herr Bolinius erklärt, ihm sei es in seinem Antrag um eine Klarstellung gegangen, ob die Pressemitteilungen stimmen würden. Er sei erfreut, dass anscheinend an dieser Sache nichts dran wäre. Der Resolution, die Herr Renken für die Ratssitzung beantragt habe, werde seine Fraktion nicht zustimmen, da diese zuviel Ideologie beinhalte.

Herr Renken entgegnet, er würde dieses anders sehen und verweist auf das Schreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Offenbar sei die Diskussion auf europäischer Ebene erneut in Gang gekommen, da die europäische Kommission die Kernkraft wieder als Option für die Zukunft sehe. Insofern sei es seiner Ansicht nach angebracht, hier klar Stellung zu beziehen, was man von einem möglichen Atomkraftwerk auf der gegenüberliegenden Seite halte. In der Ratssitzung habe man die Gelegenheit, hierüber ausführlich zu debattieren. Er wundere sich jedoch, dass die FDP-Fraktion sich nunmehr zurückziehe und werde die Fraktionen auffordern, Farbe zu bekennen, ob sie für oder gegen die Atomkraft seien. Die Bürger in dieser Region haben schon einmal gezeigt, was sie von Atomtransporten oder von Atomkraftwerken halten würden. Daher sei die Sache ziemlich eindeutig. Wenn die regenerativen Energien ausgebaut würden, bräuchten auch keine neuen Atomkraftwerke gebaut werden.

Niederschrift Nr. 55 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 22.03.2006

Herr Bolinius betont, er ziehe sich durchaus in dieser Angelegenheit nicht zurück, sondern werde sich in der Fraktion und anschließend im Rat ausdrücklich über dieses Thema unterhalten. Nur dem Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ würde er nicht zustimmen.

Herr von Fehren hält dieses Thema für viel zu wichtig, um hier die Parteipolitik in den Vordergrund zu schieben. Der Rat sollte von vornherein klar machen, dass die Stadt Emden sich mit allen Parteien energisch zur Wehr setze, wenn diese Pläne irgendwann verwirklicht werden sollten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 12 Vorlage 14/2087-00
Machbarkeitsstudie "Hornbach-Grundstück";
- Antrag der CDU-Fraktion vom 07.03.2006

Herr Bongartz berichtet, er habe durch seinen Antrag prüfen lassen wollen, ob die anfallenden Gase des Klärwerks für die Wärme- und Stromversorgung genutzt werden könnten. Dabei interessiere ihn nicht, ob das Grundstück im Eigentum der Firma Hornbach sei. Er wollte nur wissen, ob es grundsätzlich möglich sei, darüber eine Studie herzustellen. Die Bundesumweltstiftung in Osnabrück habe ihm signalisiert, dass sie die Umsetzung mit 50 % bezuschussen würden. Dazu sei jedoch eine Machbarkeitsstudie vorab notwendig. Er sei der Meinung, dass man dieses durchaus tun sollte. Es gehe hier darum, jetzt festzustellen, ob vor Ort genügend Energie z. B. aus dem Klärwerk vorhanden sei, um dieses Vorhaben auch hinterher in die Tat umzusetzen.

Herr de La Lanne betont, das Grundstück befinde sich im Eigentum der Firma Hornbach. Von daher sei es berechtigt zu sagen, dass es Aufgabe des Eigentümers sei, eine solche Machbarkeitsstudie zu erstellen. Die Stadt Emden könne die erheblichen Kosten für eine solche Studie bei der jetzigen Haushaltslage nicht finanzieren. Vor diesem Hintergrund sei die Antwort seines Fachbereichs zu verstehen.

Herr Renken begrüßt die Initiative von Herrn Bongartz. Doch müsse man erst sehen, wie jetzt nach der Modernisierung des Blockheizkraftwerkes die Situation im Klärwerk sei. Er bittet im nächsten Werksausschuss des BEE diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und dort die Sachlage zu klären.

Herr Docter stellt fest, dass dieser Antrag sicherlich sinnvoll und vernünftig sei. Doch müsse man bedenken, dass man sich mit diesem Gutachten im Vermögenshaushalt und nicht im Verwaltungshaushalt bewege. Und im Vermögenshaushalt seien in den letzten Jahren 25.000 € an Planungskosten eingesetzt worden. Und mit diesen Planungskosten könne der Fachdienst Stadtplanung nicht viel bewegen. Auch sei es nicht nur mit dem Gutachten auf das Grundstück allein getan, es müsse auch ein Konzept erstellt werden. Dazu würden Fachleute benötigt, die eingekauft werden müssten und damit stoße man an die Grenze des Vermögenshaushaltes.

Herr Bornemann stimmt der Aussage von Herrn Renken zu. Auch er sei der Ansicht, dass zumindest die Fakten des Klärwerkes festgestellt würden. Danach könne man feststellen, welche Möglichkeiten es gäbe, über Konzepte und Nutzungen nachzudenken.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 55 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 22.03.2006

Punkt : 13 Vorlage 14/2088-00
Fahrradabstellanlagen am Bahnhof - wie geht's weiter?;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.03.2006 -

Herr Renken ist der Ansicht, dass die derzeitige Situation der Fahrradabstellanlagen am Bahnhof auf Dauer nicht tragbar sei. Außerdem sei in den ursprünglichen Planungen etwas anderes vorgesehen worden. Jedoch habe man aufgrund der finanziellen Mittel dieses nicht realisieren können. Er sei der Meinung, dass hier etwas geschehen müsse auch im Hinblick auf den Tourismus.

Herr Bernhardt führt aus, die Situation vor Ort stelle sich durchaus etwas misslich dar. Die Planungen für die vorhandenen 160 Stellplätze in der Fahrradgarage basierten jedoch auf Zählungen, die in den Jahren 1999 und 2000 durchgeführt worden seien. Damals sei das Angebot tatsächlich beschränkt gewesen auf die vorhandene Abstellanlage der Bahn. Zusätzlich seien die wild abgestellten Fahrräder in Höhe von 120 bis 140 Stück gezählt worden. Allerdings habe man sich mit den Kosten nach der Deckelung richten müssen und da sei seinerzeit nicht mehr machbar gewesen. Jetzt habe sich der Bedarf an Stellplätzen vergrößert, da auch die Pendlerbewegung zugenommen habe. Da sich die Zusammenarbeit mit der Bahn etwas schwierig gestalte, liege auch keine verbindliche Aussage vor. Dennoch müsse dieses Problem angegangen und das Angebot erweitert werden. Man habe versucht, die Standorte festzulegen, wo zusätzliche Fahrradabstellanlagen in Form von Bügeln auf dem Bahnhofsvorplatz noch zu integrieren seien. Letztendlich sei mit der Bahn als Eigentümerin des Bahnhofsgebäudes noch abzuklären, ob weitere Rahmenbedingungen der Entwicklung entgegenstehen würden. Auch seien bauordnungs- und brandschutzrechtliche Gründe noch abzuklären. Es zeichne sich ab, dass ein Potential von 60 bis 80 Fahrradbügel unterzubringen sei, was auch kurzfristig machbar wäre. Aus dem Projekt „Emders up Rad“ seien in diesem Jahr 4.500 € vorgesehen, wobei auch noch 50 % aus EU-Mitteln gegenfinanziert würden. Der Rest würde aus Geldern, die der BEE für die Radverkehrsförderung zur Verfügung habe, finanziert. Pro Bügel müsse man augenblicklich mit ca. 150 € rechnen.

Herr Bernhardt führt weiter aus, ferner sei die Verwaltung mit dem Eigentümer des geschlossenen Restaurants „Emma“ in Verhandlung, da sich deren Freisitz momentan als trostlose Fläche darstelle. Hieraus ergebe sich ggf. ein Potential der Erweiterung der vorhandenen Fahrradgarage um weitere 60 Plätze. Nach den Osterferien sei auch eine Aktion geplant, die ermitteln solle, ob es sich bei den vielen abgestellten Rädern in der Fahrradabstellanlage tatsächlich um Schrottfahrräder handle. Dazu würden die Räder mit Banderolen versehen, die dann entfernt werden sollten, wenn das Rad bewegt werde. Wenn dieses nach vier Wochen nicht der Fall sei, würden die Fahrräder vom BEE abgeholt und nach weiteren sechs Wochen als Fundsache deklariert werden. Dieses sei die einzige rechtlich abgesicherte Version, die man im Zusammenhang mit einer Aufräumaktion durchziehen könne.

Abschließend erklärt er, bezüglich des wilden Abstellens von Fahrrädern vor dem Bahnhofsgebäude habe die Verwaltung zurzeit keine rechtliche Handhabe.

Herr Rosenboom begrüßt die Banderolenaktion, kritisiert aber das Verhalten der Bahn.

Auf die Frage von **Herrn Zimmermann**, ob bei der alten Fahrradabstellanlage auch bezüglich der Banderolen ähnlich verfahren werde, antwortet **Herr Bernhardt**, diese Aktion werde dort mit Unterstützung der Bahn durchgeführt.

Herr Renken weist darauf hin, wenn sich der Radverkehrsanteil in Emden erhöhe, sollte man sich über jedes Fahrrad freuen, welches vom einem Pendler genutzt werde. In diesem Bereich sollte auf Wachstum gesetzt werden. Er erkundigt sich, wie es mit dem abschließbaren Fahrradboxen aussehe.

Niederschrift Nr. 55 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 22.03.2006

Herr von Fehren regt an, das nicht ausgelastete Parkhaus in Anspruch zu nehmen und dort im Erdgeschoss einen Teil für die Radfahrer abzugrenzen. Seines Erachtens sei es durchaus zumutbar, den Weg vom Parkhaus zum Bahnhof zu laufen.

Herr Bernhardt legt dar, dass es sich zeige, dass der Fahrradbügel, der am nächsten am Ziel stehe, auch am schnellsten und längsten belegt sei. Auch gäbe es keine rechtlichen Grundlagen für die Begrenzung der Parkzeiten an Fahrradabstellbügeln. Außerdem sei die Verwaltung mit den Stadtwerken im Gespräch, im Parkhaus noch weitere Fahrradabstellanlagen unterzubringen. Ob es sich hier um Abstellboxen oder um einen Sammelfahrradparkstand handele, sei noch in der Diskussion.

Im Hinblick auf die Abstellboxen erläutert Herr Bernhardt, dass bereits fünf im Parkhaus und weitere sechs direkt vor der Kunsthalle stehen würden. Somit sei ein gewisses Grundangebot vorhanden. In diesem Zusammenhang etwas kurzfristig auch auf dem Bahnhofsvorplatz hinzubekommen, sei insofern schwierig, da man pro Box von gut 1.000 € ausgehen könne. Somit wäre bei fünf oder sechs Boxen die Hälfte des Etats schon verbraucht.

Herr Docter bittet abschließend die Pressevertreter, einen Appell an die Fahrradfahrer, die vor dem Bahnhofsgebäude parken würden, zu veröffentlichen. Sehr oft würden Räder auch auf die Taktierstreifen für die Behinderten abgestellt. Von der Verwaltung könne das ordnungsrechtlich nicht unterbunden werden, da nach dem StVO nur die Möglichkeiten zugelassen sei, den gesamten Bahnhofsvorplatz vom Radverkehr zu sperren oder ihn zuzulassen. Daher bitte er die Radfahrer, zumindest nicht die Behinderteneinrichtungen zu blockieren.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 14 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen vor.

Punkt : 15 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Es liegt kein Bericht vor.

Punkt : 16 Anfragen

1. Wallanlagen

Herr Dilling erklärt, der Seniorenbeirat habe an die Stadt Emden ein Schreiben geschickt mit einer Situationsdarstellung und einem Änderungsvorschlag für die Wallanlagen. Er habe nun die Mitteilung bekommen, dass sich das Schreiben mittlerweile beim Beschwerdemanagement der Stadt Emden befinde. Er bitte darum, die Anregungen aufzunehmen und die Angelegenheit zügig in Angriff zu nehmen.

2. Toilettenanlagen Friedhof Tholenswehr

Herr Johann Janssen moniert die Situation auf dem neuen Teil des Friedhofs Tholenswehr bezüglich der fehlenden Toiletten.

Niederschrift Nr. 55 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 22.03.2006

Herr Docter entgegnet, die Parteien hätten diese Angelegenheit bei ihren interfraktionellen Verhandlungen besprochen. Nun müsse abgewartet werden, was der Beschluss über den Haushalt bringe.

3. Ausrüstung der Schiffe der Meyer Werft

Herr von Fehren merkt an, er möchte demjenigen, dem es gelungen sei, dass die Schiffe der Meyer Werft zukünftig in Emden ausgerüstet werden, ein riesiges Lob aussprechen.

Herr Docter antwortet, dieses Lob müsse an die Unternehmen der Hafenwirtschaft und an die Reederei gehen, die sich ganz ernsthaft darum bemüht hätten.

4. Beschwerdemanagement

Herr Renken ist überrascht, dass die Stelle des Beschwerdemanagements schon eingerichtet sei und bittet um Auskunft.

Herr Docter führt aus, seit März sei die Stelle des Beschwerdemanagements halbtags besetzt und im Vorstandsbüro bei Herrn Mansholt angesiedelt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.